Nummer 22

Mit Kurszettel **Berliner Börsen-Zeitung** Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jögler, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sports Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei u. Verlag Ges.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 75. Jahrgang Dienstag, 14. Januar 1930

Kompromiß mit Schacht.

Inselenglands Sicherungsprogramm.

Rüstungsausgleich und — Neutralisierung des Kanals?

Die diesmalige Völkerbundssitzung in Genf bildet, abgesehen von ihrem regulären Programm mit Punkten zweiter Ordnung, eine Art Verbindungsglied zwischen den beiden großen internationalen Konferenzen im Haag und in London. In der holländischen Hauptstadt ist man zwar noch nicht offiziell zu Ende gekommen, aber es besteht nach dem Wunsch der Anderen die Hoffnung, daß damit wenigstens formell eine weitere Etappe der Kriegsliquidierung zurückgelegt sein wird. In dieser Einschränkung „formell" sollen besonders die deutschen Zweifel und Vorbehalte ausgedrückt werden.

Die Kriegsliquidierung kann nun aber heute zusammen mit der allgemeinen Rüstungsbeschränkung nur noch die einzig wirklich wesentliche Aufgabe des Völkerbundes sein, wenn er überhaupt noch die Absicht für irgendeine fruchtbare Arbeit hegt. In England scheint man ihm in dieser Hinsicht am meisten zuzutrauen; ersichtlich legt die englische Regierung Gewicht darauf, daß die Völkerbundsdiplomatie mit dem Programm für die Londoner Flottenkonferenz konform geht und es nach Kräften unterstützt. Deshalb hat sich Henderson persönlich nach Genf begeben; auf seine Anregung soll ein aus elf Mitgliedern bestehender Ausschuß des Völkerbundsrates gebildet werden, dem die Aufgabe zufallen würde, die Bundesstaaten mit den Abmachungen des Kelloggpaktes in Einklang zu bringen. Vertreter Englands in diesem Komitee würde nach dem „Daily Telegraph" Lord Cecil, der bekannte Vorkämpfer für Völkerversöhnung sein, wodurch es zum Teil auch erklärt würde, weshalb dieser an der Londoner Konferenz nicht teilnehmen wird.

Im übrigen scheinen die diplomatischen Vorbesprechungen für London ziemlich abgeschlossen zu sein. Die Londoner Presse stellt fest, daß die englische Antwort auf das französische Dezember-Memorandum in Paris mit ziemlicher Zurückhaltung aufgenommen worden ist. Man will offenbar dort seine Karten nicht zu früh aufdecken. Interessant ist, daß in Amerika eine Bemerkung des Londoner ersten Lords der Admiralität, wonach die Abmachungen der Londoner Konferenz auf fünf Jahre festgehalten werden sollten, als zu große Zurückhaltung angesehen wird. Amerika selber wäre mehr für eine Gültigkeitsdauer von 15 bis 20 Jahren.

Uebereinstimmend wird von verschiedenen Blättern über gute Fortschritte der englisch-japanischen Besprechungen berichtet. Nach einer „Times"-Meldung aus Tokio ist man dort damit einverstanden, daß die Konferenzerörterungen mit den Großkampfschiffen beginnen. Japan sei auch bereit, eine Verminderung der Tonnage für Schlachtschiffe auf 30 000 oder 25 000 zuzustimmen. Ueber diese Mindestgrenzen noch weiter hinunterzugehen, würde es aber ablehnen.

Die vielleicht bedeutsamste Information, die auch über die Geheimmotive der englischen Flottenpolitik in letzter Zeit Aufschluß geben könnte, bringt gleichfalls wieder der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph". Danach hat die Londoner Regierung zum ersten Male im Jahre 1925 vor Abschluß der Locarno-Verträge

die Frage einer internationalen Garantie für die Unverletzbarkeit des englischen Kanals aufgeworfen. Damals sei u. a. auch die holländische Regierung sondiert worden, habe aber die Zeit noch nicht reif genug für die Lösung dieser Frage gehalten. Als Garanten für die Unverletzlichkeit des Kanals wären außerdem noch Frankreich, Belgien und Deutschland genannt worden. Wie das Blatt jetzt schreibt, bestehe heute aber kein Grund mehr, warum diese Frage nicht von neuem von englischer Seite zur Sprache gebracht werden sollte.

Deutlicher als durch diesen diplomatischen Versuchsballon kann gar nicht darauf hingewiesen werden, wie sehr sich die geographische und strategische Lage Inselenglands während der letzten Jahrzehnte infolge der gewaltigen technischen, aber auch politischen Neuerungen und Wandlungen verändert hat. —h.

Angleichung der Völkerbundssatzungen an den Kelloggpakt.

Einsetzung eines Juristenkomitees.

Genf, 14. Januar.

Mit Rücksicht auf die für heute abend angesetzte Rückreise des englischen Außenministers sind auch heute zwei Sitzungen des Völkerbundsrates anberaumt. Die Vormittagssitzung war ausgefüllt mit der Beratung juristischer und wirtschaftlicher Fragen. Der Rat beschloß, zur Prüfung der durch den Beitritt aller Völkerbundsstaaten zum Kelloggpakt notwendig gewordenen Abänderungen des Völkerbundspaktes ein Juristenkomitee einzusetzen, dessen Zusammensetzung noch in einer vertraulichen Sitzung bestimmt werden wird.

Henderson unterstrich die Notwendigkeit der Angleichung des Völkerbundspaktes, der bekanntlich in gewissen Fällen den Krieg noch erlaubt, an die Kriegsächtung des Kelloggpaktes. Mit Nachdruck verwahrte er sich gegen die da und dort aufgetretene Meinung, daß mit dem englischen Antrag der Völkerbundspakt beiseite geschoben und in seiner Wirkung abgeschwächt werde. Durch Herausnahme des Rechts zur Kriegsführung werde der Völkerbundspakt, der für England immer die fundamentale Grundlage zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit und zur Aufrechterhaltung des Friedens bleibe, nicht abgeschwächt, sondern gerade in seiner Wirksamkeit zur Beilegung internationaler Konflikte gestärkt werden. Um seine Aktion für die Aufrechterhaltung des Friedens zu festigen, müsse also das internationale Recht vervollständigt und der Völkerbundspakt dem Kelloggpakt angepaßt werden.

Briand unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit, den Völkerbundspakt mit dem Kelloggpakt in Uebereinstimmung zu bringen. Er erwähnte dabei die Vorzüge des Völkerbundspaktes, der auch schon wiederholt Kriege verhindert hätte, doch bedeute der Kelloggpakt, der den Krieg als ein Verbrechen kennzeichnet, eine weitere moralische Kraft, die sich auch der Völkerbund zu eigen machen müsse.

Staatssekretär **von Schubert** erklärte, daß die deutsche Regierung ein besonderes Interesse an dem Antrag habe, und er sich dem anschließe, was Briand gesagt habe, nämlich, daß die Aussprache über diesen Antrag auf der breitesten Grundlage stattfinden solle. Er glaube, daß eine Lösung nur dann willkommen sein könne, wenn alle Argumente berücksichtigt würden, die notwendig seien, um den ganzen Fragenkomplex zu lösen. Er stimme daher dem Antrag der Vorredner zu.

Ohne weitere Aussprache wurde der Einsetzung des Komitees zugestimmt, dessen Mitglieder noch im Laufe dieser Tage bekannt gegeben würden.

— Militarisierung der polnischen Behörden. Nach offiziellen Angaben eines Abgeordneten in der Budgetkommission des Sejms wurden im Laufe des verflossenen Jahres 1929 durch das Kriegsministerium in die Zentrale des Innenministeriums zehn aktive Offiziere abkommandiert, in die Wojewodschaften und Starosteien (Landratsämter) 44 Offiziere.

Reichskabinett, Reichsbankpräsident und Haag.

Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, an der auch der heute morgen aus dem Haag in Berlin eingetroffene Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Schäffer teilnimmt. Ueber das Thema der Beratungen wird offiziell nur mitgeteilt, daß sich das Kabinett „mit den durch die gegenwärtige Konferenzlage aufgeworfenen Fragen" beschäftige. Hinzugefügt wird, daß auch mit einer Veröffentlichung der Ergebnisse der Kabinettssitzung wegen deren „außenpolitischen Charakters" nicht vor der Mittwochsitzung der Haager Konferenz zu rechnen sei. Es handelt sich hier um einen nicht stichhaltigen Vorwand; denn es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Kabinettsberatungen sich sehr wesentlich um Fragen drehen, denen eine eminent innenpolitische — ja sogar parteipolitische — Bedeutung zukommt. Sämtliche Berichte aus dem Haag, namentlich der Linkspresse, sprechen von der Absicht der deutschen Delegation, eine Aenderung des Reichsbankgesetzes zu erreichen, die auf eine sehr wesentliche Einschränkung der Rechte des Reichsbankpräsidenten hinausläuft. Es liegt auf der Hand, daß die deutsche Delegation einen entsprechenden Antrag an die Gläubigermächte nur stellen kann, wenn sie sich vorher der Zustimmung des Reichskabinetts versichert hat. Die Frage der Schmälerung der Rechte des Reichsbankpräsidenten dürfte also in der heutigen Kabinettssitzung eine sehr große Rolle spielen; sie ist in erster Linie innerpolitischer Natur, und die deutsche Oeffentlichkeit hat daher einen wohlbegründeten Anspruch, von den diesbezüglichen Beschlüssen des Reichskabinetts eher Kenntnis zu erhalten als die Herren alliierten Diplomaten im Haag. Das gleiche gilt für das drohende (in unserm Morgenblatt entsprechend gekennzeichnete) Sanktionskompromiß, über welches das Reichskabinett heute gleichfalls Beschluß zu fassen hat. Auch hinsichtlich der Frage, ob an Stelle der Reichsbank eine andere deutsche Bankengruppe zur Beteiligung an der Internationalen Zahlungsbank gewonnen bzw. gezwungen werden könnte, würde das Reichskabinett die letzte entscheidende Instanz sein. Es ist aber nach den neuesten Meldungen aus dem Haag wieder zweifelhaft geworden, ob diese Absicht, die gestern abend von der deutschen Delegation allen Ernstes ins Auge gefaßt und zu deren Verwirklichung der Staatssekretär Schäffer eigens nach Berlin geschickt wurde, noch akut und nicht schon, wie es den Anschein hat, durch neue

Verhandlungen zwischen der deutschen Delegation und Dr. Schacht

überholt worden ist. Ueber diese Besprechungen berichtet die T. U. aus dem Haag:

Die internen Besprechungen innerhalb der deutschen Abordnung mit dem Reichsbankpräsidenten sind am gestrigen Abend und am heutigen Dienstagmorgen fortgesetzt worden. Es besteht der Eindruck, daß als Ergebnis dieser Besprechungen sich ein Ausweg aus der durch die Bekanntgabe des Briefes des Reichsbankpräsidenten geschaffenen Lage ergeben hat. Man scheint auf deutscher Seite die Auffassung zu vertreten, daß der Youngplan seiner Konstruktion und seinen Bestimmungen nach die Teilnahme der Deutschen Notenbank an der BJZ. unbedingt erforderlich macht, und daß die Ersetzung durch eine andere Bankengruppe in der Zukunft Schwierigkeiten hervorrufen würde. Eine Lösung scheint nunmehr in der Richtung gesucht zu werden,

daß in dem Schlußprotokoll der Haager Konferenz die im Youngplan vorgesehene etwaige Möglichkeit der Beteiligung einer anderen Bankengruppe an Stelle der Reichsbank ausgeschlossen wird,

und auf diese Weise, eventuell auch durch besonderes Reichsgesetz, die Teilnahme an der B. J. Z. festgelegt wird. Der Reichsbankpräsident soll, wie verlautet, einen derartigen Ausweg für annehmbar erklären, wobei jedoch sein grundsätzlicher Standpunkt, wie er in dem Schreiben an den Vorsitzenden des Ausschusses der B. J. Z. zum Ausdruck kommt, unberührt bliebe. Würde durch gesetzliche Bestimmungen die Teilnahme der Reichsbank an der B. J. Z. festgelegt,

so würde damit die moralische Verantwortung für die Mitarbeiter der Reichsbank an der BJZ. nicht auf den Reichsbankpräsidenten fallen.

Ueber diesen Ausgang werden, wie verlautet, zur Stunde noch zwischen der deutschen Abordnung und dem deutschen Reichsbankpräsidenten Verhandlungen geführt. Eine Aenderung der Bestimmungen des Entwurfes für das neue Reichsbankgesetz hinsichtlich der Stellung des Reichsbankpräsidenten dürfte unter diesen Umständen nicht mehr in Frage kommen.

*

Bei Redaktionsschluß wird uns aus dem Haag gemeldet:

Die deutsche Abordnung hat Dienstag vormittag folgenden amtlichen Bericht abgegeben: Die deutsche Delegation wird in der nächsten Sitzung in der Konferenz die erforderlichen Schritte tun um die Beteiligung der Reichsbank an der BJZ. und die Mitwirkung der Reichsbank bei den Aufgaben der BJZ. gesetzlich zu gewährleisten.

Wie die T.-U. weiter erfährt, hat Reichsbankpräsident Dr. Schacht dem Reichsfinanzminister Moldenhauer erklärt, sich selbstverständlich für den Fall der sich daraus ergebenden Verpflichtungen nicht zu entziehen. Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank an der BJZ. als gesichert anzunehmen.

Das Sechsmächte-Komitee will sich nicht „stören" lassen.

Vor der Veröffentlichung des Schacht-Briefes. — Sanktions-„Kompromiß" unabwendbar!

Haag, 14. Januar.

In der gestrigen Abendsitzung der sechs Mächte, in der im Anschluß an den Zwischenfall im Ausschuß für die B. J. Z. über die Ersetzung der Reichsbank durch eine andere deutsche Bankengruppe verhandelt wurde, sind folgende drei Beschlüsse gefaßt worden:

1. An den Vorsitzenden des Ausschusses für die B. J. Z. ist ein Schreiben gerichtet worden, in dem der Ausschuß ersucht wird, seine Arbeiten ungestört weiterfortzusetzen.

2. Die juristischen Sachverständigen sind aufgefordert worden, in Verhandlungen mit der Schweizer Regierung über die endgültige Sicherung von Basel als Sitz der B. J. Z. einzutreten.

Alle Vorbereitungen, die bisher getroffen worden sind, um eine alsbaldige Ausarbeitung des Schlußprotokolls der Haager Abmachungen auszuarbeiten, sollen sofort fortgesetzt und sodald als möglich zum Abschluß gebracht werden.

Die nächste Sitzung der sechs Mächte ist auf den morgigen Mittwoch 11.45 Uhr einberufen worden, weil Tardieu erst kurz vorher aus Paris wieder im Haag eintreffen kann. In dieser Sitzung sollen die beiden noch offenen Punkte, nämlich die Sanktionsfrage und die Mobilisierungsfrage, so weit gefördert werden, daß sie für die Plenarsitzung des Ausschusses für die deutschen Reparationsleistungen reif werden.

In der Sanktionsfrage, die bisher nur zwischen Frankreich und Deutschland erörtert wurde, ist das abschließende Ergebnis des gestrigen Tages die Vereinbarung darüber, daß in der Mittwochsitzung die endgültige Fassung festgestellt und daß der Text noch am selben Tage veröffentlicht werden soll. Ebenso wird voraussichtlich vielleicht schon vorher das Schreiben des Reichsbankpräsidenten an den Vorsitzenden des Organisationsausschusses für die B. J. Z. durch die Konferenz veröffentlicht werden.

Gegen das englische Liquidationsdiktat.

Die „Arbeitsgemeinschaft" der Liquidationsgeschädigten an die deutsche Delegation

Die „Arbeitsgemeinschaft" der Geschädigtenverbände sandte an die deutsche Delegation im Haag das folgende Telegramm:

„Die Arbeitsgemeinschaft für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden erwartet von der deutschen Delegation die nachdrückliche Wahrung der Rechte und Interessen der Liquidationsgeschädigten. Soweit von der Gegenseite durch die Drohung, sonst den Youngplan scheitern zu lassen, versucht wird, deutsche Zugeständnisse zu erpressen, die dem Geist des Youngplan-Berichtes widersprechen, müssen die deutschen Unterhändler vor aller Oeffentlichkeit hiergegen protestieren. Durch eine solche Erklärung muß englischen irreführenden Darstellungen entgegengetreten werden, die die zwischen England und Deutschland beabsichtigte Regelung als eine faire Durchführung der Pariser Empfehlungen hinstellen."

Linkshetze gegen den Reichsbankpräsidenten

Das Bekanntwerden des Briefes, den der Reichsbankpräsident einem Führer der amerikanischen Gruppe bei der Internationalen Zahlungsbank gerichtet hat und in dem er die Frage der Beteiligung der Reichsbank an der B. J. Z. aufwirft, hat im Haag selbstverständlich großes Aufsehen erregt. Aber größer noch muß Aufregung, Entsetzen und die Aeußerungen bisher mühsam verknifkener Wut gegen Schacht, die sich in Berlin heute auf Grund jener Nachricht kundtun. Mit einem Zorn ohnegleichen stürzt sich die Linkspresse auf den Reichsbankpräsidenten und verlangt Aenderung des Reichsbankstatuts, um dem verhaßten Schacht die Flügel zu beschneiden und dafür zu sorgen, daß er in Zukunft nicht mehr die Möglichkeit hat, in Ausübung seines hohen Amtes, im Interesse der deutschen Finanzen und der deutschen Währung das zu tun, was er für richtig hält. Die parteipolitische Meute, die befürchtet, daß in den so wichtigen Fragen, wie den jetzt aktuellen, ihr Gebell neben der harten Stimme eines seiner Verantwortung bewußten Mannes nicht zur Geltung kommt, will den Hauptsitz an der Sonne der Macht unter keinen Umständen aufgeben und stürzt sich nun mit satanischem Geheul auf den gehaßten Mann, um ihn zu diskreditieren, um die Hilfe des Auslandes (bei der Aenderung des Reichsbankstatutes) gegen Schacht herbeizurufen, um ihre Erfüllungspolitik im Haag und immer durchsetzen zu können. Denn um die von keinem Schacht oder sonst wem gestörte Durchführung der Erfüllungspolitik handelt es sich ja bei der aufgeregten Linkspresse in erster Linie. Schacht wollte eben, wie der Korrespondent der „Times" sehr richtig sagt, die Verantwortung für die „unvermeidlichen" politischen Kompromisse ablehnen. Die politischen Kompromisse sind neben den Sanktionen oder der Sanktionsformel in erster Linie die Verschlechterungen des Youngplanes. Die Linkspresse wünscht nicht, daß das deutsche Volk mit Mitteilungen über derartige Verschlechterungen und über neue Zukunftsgewitter behelligt wird, sondern sie wünscht, daß die deutschen Unterhändler rasch alles schlucken und mit der Siegesfanfare des angenommenen Youngplans, unter Unterdrückung jeder kritisierenden Stimme, in Berlin einziehen, um die Große Koalition für alle Zeit zu sichern und jede Regierungskrise unter der Vorherrschaft der Sozialdemokratie auszuschalten. Wie weit wir auf

Die Schacht-Krise.

Ein Manöver zur Schwächung der Stellung der Sozialdemokratie.

Kurz vor Redaktionsschluß geht uns noch folgende Meldung zu:

Wie die T.-U. von bestunterrichteter Seite erfährt, haben die Berliner Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reichskreditanstalt bzw. mit der Seehandlung den Zweck, eine Sicherung für den Fall zu schaffen, daß es im Laufe des heutigen Tages nicht zu einer Einigung zwischen Dr. Schacht und der deutschen Abordnung im Haag kommt. Vorausfetzung für diese Einigung sind aber noch andere Berliner Verhandlungen, die, sei es von dem nach Berlin zurückgekehrten Staatssekretär Schaeffer vom Reichsfinanzministerium, sei es unmittelbar von der Reichsregierung, mit zwei Parteien geführt werden, und zwar dahingehend, ob es möglich ist, **für die eingeleitete Einigung zwischen Delegation und Schacht die notwendige Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei zu erhalten.** Bei diesen Verhandlungen dreht es sich in der Hauptsache um die Frage der Unabhängigkeit der Reichsbank, da diese **für die Volkspartei eine unerläßliche Voraussetzung für das Verbleiben in der Regierung und insbesondere für die Vorbereitung der Reichsfinanzreform und des Haushalts 1930/31 ist.** Diese Pläne sind bekanntlich im Einvernehmen mit Dr. Schacht fertiggestellt worden. Die DVP steht hier auf dem Standpunkt, daß die Ersetzung der Reichsbank durch eine andere Bank völlig ausgeschlossen sei, da der Youngplan auf der Beteiligung der Deutschen Reichsbank aufgebaut ist.

Nach Ansicht maßgeblicher deutscher Kreise ist die Bekanntgabe des Schacht-Briefes durch die Gegenseite und die Behandlung dieses Briefes in der ersten Sitzung des Organisations-Ausschusses der BJZ. ein taktischer Schachzug gewesen, da die Gegenseite die starke Stellung der Reichsbank im Youngplan zu schwächen wünscht.

*

In diesem letzteren Bestreben wird die Gegenseite ja durch die deutsche Linkspresse, wie immer, mit Kraft und Sympathie unterstützt.